

Der Tag, an dem die Panzer rollten

Befeuert durch einen Streik von Ostberliner Bauarbeitern demonstrieren vor 70 Jahren, am 17. Juni 1953, Hunderttausende DDR-Bürger für höhere Löhne, Freiheit und Einheit. Weite Teile des Landes geraten außer Kontrolle. Dann greift die Sowjetarmee ein

Text: Mathias Mesenhöller



Am 17. Juni herrschen wie hier am Potsdamer Platz in Ostberlin vielerorts bürgerkriegsähnliche Zustände: Weil die Polizei mit der Situation überfordert ist, drängen sowjetische Panzer Demonstranten von den Versammlungsplätzen

D

Dienstag, 16. Juni 1953, 8:30 Uhr.

Auf einer Baustelle an der Stalinallee im Zentrum von Ostberlin, wo etliche Monumentalbauten entstehen, greifen sich an diesem Morgen Männer in Arbeitskleidung wütend eines der überall hängenden SED-Propagandatransparente und schreiben auf die Rückseite in Großbuchstaben: „Wir Bauarbeiter fordern Normsenkung“. Sie befestigen das Transparent an Stangen und recken es empor.

Arbeitsnormen sind ein Herzstück der DDR-Planwirtschaft. Sie legen den Akkord fest, den ein Maurer oder Zimmermann zu erfüllen hat, bevor er Zulagen bekommt. Nun hat die Regierung beschlossen, die Normen zu erhöhen – und die Betriebsleitung der Baustelle hat deshalb am letzten Zahltag, am Mittwoch zuvor, die Löhne schon einmal pauschal um zehn Prozent gekürzt.

Ein paar Dutzend Arbeiter stellen sich hinter das Plakat und ziehen über die größte Baustelle der DDR, den halbfertigen Vorzeigeboulevard Stalinallee. Die meisten ihrer Kollegen auf den hochragenden Holzgerüsten reagieren, ohne lange nachzudenken: Block um Block klimmen sie die Leitern hinab, lassen Zementmischer stehen, Ziegel liegen, kommen aus den Baubuden.

Gegen zehn Uhr besteht der Zug bereits aus 1500 bis 2000 Zimmerleuten in schwarzen Cordanzügen, aus Mauern und Malern unter weißkleinen Mützen, aus Steinmetzen, Rohrlegern, Putzern. Manche in Holzpantinen, ihre Schritte klappern auf dem Straßenbelag. Sie wenden sich in Richtung Innenstadt. In Sprechhören fordern die Arbeiter niedrigere Normen, höhere Löhne, erschwingliche Lebensmittel. Und: „Berliner reihet euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ Zahlreiche Passanten kommen dem Ruf spontan



Das Fanal zum landesweiten Aufstand: Bauarbeiter auf der Ostberliner Stalinallee marschieren am 16. Juni zum Haus der Ministerien, um gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen – de facto eine Lohnkürzung – zu protestieren

nach, Anwohner und Büroangestellte laufen auf die Straße. Ein Müllwagen hält, die Besatzung springt ab und geht mit. Eine Straßenbahn bremst, Fahrer und Insassen verstärken den Protestzug. Immer weiter wächst er an, immer lauter hallen die Parolen. Dort, wo die Demonstranten auf Polizei treffen, beschränkt die sich darauf, die Verkehrsstörung zu regeln. Entweder ist die Staatsmacht kalt überrascht, oder sie wartet ab.

Gegen 13 Uhr passiert der Zug die Humboldt-Universität Unter den Linden. Studenten klatschen, kommen aber nicht heraus. „Die haben Angst um ihr Stipendium“, spottet ein Arbeiter. Eine halbe Stunde später erreichen die Spitzen der Kolonne ihr Ziel: das Haus der Ministerien in der Leipziger Stra-

ße. Den Sitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Wenig später drängen sich bereits mehr als 10 000 Menschen auf dem Vorplatz, in den Seitenstraßen. Den Haupteingang versperrt ein Scherengitter. Lautstark fordert die Menge, Otto Grotewohl und SED-Chef Walter Ulbricht zu sprechen. Von den Mauern des mächtigen Bauwerks schallt der Ruf dröhnend zurück.

Doch die beiden Spitzenkader sind nicht im Regierungsgebäude, sondern nehmen einige Kilometer entfernt an einer Sitzung der SED-Führung teil. Zwei Wochen zuvor hat die sowjetische Besatzungsmacht der Partei einen neuen, liberaleren Kurs verordnet. Nun ringen die deutschen Sozialisten um die Einzelheiten – und untereinander um die Macht.

Obwohl er schon früh von den Protesten unterrichtet wird, will Ulbricht die Sitzung daher nicht verlassen. Ohnehin hält er den Auflauf für eine vom Westen gesteuerte Provokation. Gleichwohl stimmt er zu, die neuen Normen erst einmal auszusetzen. Danach bleiben die Funktionäre und Minister in der Leipziger Straße sich einstweilen selbst überlassen.

Dort heizt sich die Stimmung der Menge auf. Als ein Parteimann von einem Fahrradsattel herab verkündet, die Normen seien zurückgenommen, erntet er nur Wutgeheul und Gelächter.

Gegen 14 Uhr tritt Industrieminister Fritz Selbmann aus dem Gebäude, lässt einen Tisch heraustragen und steigt hinauf. „Ich bin doch selbst ein Arbeiter!“, ruft Selbmann.

„Das hast du aber längst vergessen!“, kommt es zurück.

„Liebe Kollegen!“, versucht es der Minister.

„Du bist nicht unser Kollege!“, rufen die Männer. „Verräter!“, „Lump!“ „Zu fett, zu fett!“, „Verschwinden!“

Auf dem Marsch und während des Wartens ist der bloße Ärger umgeschlagen in wütende Empörung. Plötzlich geht es um mehr als Normen. Selbmann wird vom Tisch geholt. Ein Maurer steigt hinauf und stellt eine neue Forderung: freie und geheime Wahlen! Donnernde Zustimmung. Eine elegant gekleidete Frau, in der Hand eine Einkaufstasche, folgt ihm und erklärt, auch andere Teile der Bevölkerung stünden hinter den Arbeitern! Applaus.

Ein Mädchen in der Uniform der FDJ schiebt sich empor – Pfliffe, Buhrufe, „FDJ runter vom Tisch!“ Es streift die Jacke ab und wirft sie in die Menge. Johlende Begeisterung. In der Versammlung, ruft das Mädchen, lauerten Spitzel, die notierten die Namen der Redner! Unruhe, Schreie, an einer Stelle des Platzes bricht ein Handgemenge aus, jemand wird fortgejagt. Längst sind die Sprechhöre drohender geworden, rufen viele: „Nieder mit der Regierung! Weg mit Ulbricht!“

Dann besteigt der Bauarbeiter Horst Schlafke den Tisch. Wenn Grotewohl und Ulbricht nicht binnen einer halben Stunde erschienen, ruft Schlafke, werde die Versammlung durch die Straßen ziehen – und den Generalstreik erklären!

Kurz darauf, ohne die Frist abzuwarten, marschieren die ersten Demonstranten unter der neuen Parole ab.

Inzwischen fahren Lautsprecherwagen durch die Straßen und geben die Rücknahme der Normerhöhungen bekannt, doch das kommt zu spät. Arbeiter werfen einige der Wagen um, kapern andere und rufen per Mikrofon zum Generalstreik auf, zu einer Kundgebung für den nächsten Morgen, 7:00 Uhr, Sammelpunkt Strausberger Platz.

Am späten Nachmittag löst sich der Hauptzug auf, Kuriere eilen in die Fabriken, um die Belegschaften zu informieren. Noch stundenlang kommt es zu spontanen Protesten; bis zu 20 000 Berliner skandieren an verschiedenen Orten die Losungen von Generalstreik und freien Wahlen, niedrigeren Preisen und einem Sturz der Regierung. Auf der

Friedrichstraße geraten sie in ein erstes Scharmützel mit der Polizei.

Doch die Staatsmacht wirkt wie gelähmt. Als finde sie keine klare Linie mehr. Liegt es daran, dass im Frühling Stalin gestorben ist, der Mann, dem die DDR ihr Dasein verdankt und der sie von Moskau aus mit harter Hand gesteuert hat? Wankt nun auch sein Schüler und Gefolgsmann Walter Ulbricht?

DIE ARBEITER DROHEN MIT GENERALSTREIK

Innerhalb weniger Stunden hat sich eine fiebrige Spannung durch Ostberlin verbreitet. Plötzlich, vier Jahre nach Gründung der Republik, scheint das Regime verwundbar. Sieht es so aus, als liege etwas ganz Neues zum Greifen nah: Freiheit. Vielleicht gar die Wiedervereinigung Deutschlands. Demokratie, erzwungen vom Volk.

Bahnt sich ein Aufstand an?

EIN VIERTELJAHR ZUVOR, am 7. März 1953. „Neues Deutschland“, das Parteiorgan der SED, erscheint mit der Schlagzeile:

„Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des Genossen J. W. Stalin, hat aufgehört zu schlagen“. In der Sowjetunion löst der Tod des Diktators hysterische Trauer aus – und Erleichterung unter den Spitzenkadern, Stalins paranoiden Terror überlebt zu haben.

Die mächtigsten von ihnen bilden nun eine kollektive Führung, aus der schon bald zwei Männer herausragen werden: Innenminister und Geheimpolizeichef Lawrentij Berija sowie der Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow. Die neue Führung bricht mit der Tyrannei Stalins, stellt Wirtschaftsreformen in

Aussicht und befasst sich bereits im April mit der Krise ihres deutschen Satellitenstaats: Die DDR scheint vor dem Kollaps zu stehen.

Denn während in Moskau der starre Stalinismus endet, führt Walter Ulbricht, der ergebenste Vasall des Diktators, unbeirrt das ideologisch rigide Programm „Aufbau des Sozialismus“ fort, was vor allem eine verschärfte Kollektivierung bedeutet. Unternehmen werden umgewandelt in „Volkseigene Betriebe“, freie Bauern werden in „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“, Handwerker und Gewerbetreibende in „Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ gezwungen, verhaftet, enteignet.

Alle, die sich wehren oder auch nur beklagen, werden ebenso umstandslos festgenommen wie parteiinterne „Abweichler“ oder bekennende Christen: Im Mai 1953 sitzen mehr als 65 000 DDR-Bürger in Gefängnissen, Zuchthäusern und Arbeitslagern ein. Freie Rede, freie Reise, freie Wahlen, ein Ende der Teilung Deutschlands scheinen nun ferner denn je.

UND WÄHREND IM WESTEN das Wirtschaftswunder anläuft, werden in der DDR die Geschäfte immer leerer. Der Ausbau der Schwerindustrie und die Aufrüstung haben auf Geheiß Ulbrichts Vorrang vor Konsumwünschen. Einigermmaßen funktionierende Märkte brechen unter der Kollektivierung und Verstaatlichung zusammen, Badehosen und Sommerstoffe erreichen 1952 erst im Herbst die Geschäfte; Winterkleidung dagegen ist noch im November kaum zu bekommen. Butter, Margarine, selbst Kartoffeln werden nicht mehr in ausreichender Menge produziert oder ausgeliefert. Fett, Fleisch, Zucker sind rationiert und dennoch oft nicht zu haben oder unerschwinglich. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Fisch liegt um rund zwei Drittel unter dem Vorkriegsniveau. Immer wieder kommt es zu Stromsperrern.

Angesichts der Krise versucht die SED, Kosten zu mindern: Löhne und Zulagen werden gesenkt. Bald treten einzelne Belegschaften stunden- oder



schichtweise in den Streik. Das Regime reagiert mit Propagandakampagnen und Strafen, erhöht zudem die Zahl der Mitarbeiter im Ministerium für Staatssicherheit auf mehr als 10 000, denen zigtausende Spitzel zuarbeiten. Doch die SED-Führung verschärft damit nur den gefährlichsten Protest: die Massenflucht. 182 000 Menschen haben 1952 die DDR verlassen – von Januar bis April 1953 allein sind es 120 000. Darunter zahlreiche Bauern und Fachkräfte, die auf den Feldern und in den Fabriken dringend gebraucht werden.

Dennoch beschließt das Zentralkomitee der SED am 14. Mai 1953, die Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent anzuheben. Die Folge sind vermehrte, meist rasch kriminalisierte Streiks. Denn das Recht zum Arbeitskampf steht Beschäftigten der Staatsbetriebe nur theoretisch zu. Vielmehr dienen die Gewerkschaften als Organe der SED und bedrängen die Arbeiter auf Betriebsversammlungen, den neuen Normen „freiwillig“ zuzustimmen. Und schüren so abermals den Unmut.

Die Forderung nach höheren Löhnen schlägt rasch um in den Ruf nach einem Rücktritt des SED-Regimes. Am 17. Juni brennen überall im Land Propagandaplakate, werden Parteizentralen und Gefängnisse gestürmt. In Berlin reißen Demonstranten Schilder an den Sektorengrenzen herunter und setzen das Columbushaus am Potsdamer Platz in Brand, in dem unter anderem eine Polizeiwache untergebracht ist

Zwei Wochen später wird die Staatsführung nach Moskau beordert. Auf einen Geheimbefehl hin fliegen Grotewohl, Ulbricht und der Propagandachef Fred Oelßner am 2. Juni in die UdSSR. Dort erwartet sie ein Schock: Stalins Nachfolger verlangen von ihnen, die Maßnahmen für einen forcierten „Aufbau des Sozialismus“ zurückzunehmen.

Zwar räumen die sowjetischen Genossen ein, das Programm ja selbst gebilligt zu haben, stellen Hilfslieferungen in Aussicht, Nachlässe bei den Reparationen. Trotzdem wehrt Ulbricht sich – bis Berija ihn derart anbrüllt,

dass es selbst dem robusten Nikita Chruschtschow peinlich ist. Am 4. Juni dürfen die Deutschen zurückkehren. Im Gepäck die Anweisungen für einen „Neuen Kurs“.

Die Öffentlichkeit erfährt nichts von alledem. So wenig wie von dem Macht-

herrlichkeit. Neben anderen verlangen Wilhelm Zaisser, Minister für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt, der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, dass Ulbricht seine Macht in Zukunft stärker mit dem Politbüro teilt. Zugleich bereitet das Gremium feberhaft den von Moskau befohlenen Kurswechsel vor.

Rudolf Herrnstadt verfasst im Namen des Politbüros ein Kommuniqué für die Bevölkerung – und bittet den sowjetischen Hohen Kommissar Wladimir Semjonow nachdrücklich, es vorerst zurückhalten zu dürfen. Ohne propagandistische Vorarbeiten würde das Papier nur Chaos auslösen; hingegen wäre eine Frist von 14 Tagen ausreichend, um die neue Politik überzeugend, ja mitreißend zu begründen. „In 14 Tagen“, antwortet Wladimir Semjonow, „werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“



kampf, der nun im Politbüro entbrennt, dem höchsten Führungsgremium der SED. Walter Ulbricht, als Generalsekretär bis dahin deren unangefochtener Chef – und damit auch der DDR –, muss harsche Kritik an seinem ideologischen Starrsinn hinnehmen, an seiner Selbst-

Verheerend indessen ist der Effekt unter den Arbeitern. Denn über die verhasste Normenerhöhung findet sich kein Wort. Die Regierenden halten sie für unerlässlich, fühlen sich zudem der Loyalität der offiziell „herrschenden Klasse“ wohl allzu sicher. Ein Irrtum, den die jungen Staat um ein Haar in den Abgrund reißen wird.

AN DIESEM 11. JUNI, einem Donnerstag, wird allgemein bekannt, dass die Berliner Bauleitungen im Sinne der Normenerhöhung kurzerhand die Löhne um zehn Prozent gesenkt haben. Tags darauf legen entlang der Stalinallee mehr als 1000 Mann erstmals spontan die Arbeit nieder.

Auch auf der benachbarten Baustelle am Krankenhaus Friedrichshain kursieren Streikparolen. Dort erzwingen die Arbeiter am Montag, dem 15. Juni, eine Belegschaftsversammlung. Sie wird zum Tumult, als ein Gewerkschaftsfunktionär verkündet, an den Normen sei nicht zu rütteln. Rhythmisch trommelnd skandieren die Männer: „Streiken! Streiken! Streiken!“

Schließlich versucht Max Fetting, der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung, sie etwas zu beruhigen. Er hilft, einen Brief an Ministerpräsident Grotewohl zu verfassen, in dem die Belegschaft die alten Normen zurückverlangt. Mit einem kleinen, dreirädrigen Lieferwagen bringt Fetting die Resolution zum Haus der Ministerien. Später am Tag erreichen Durchschläge des Briefes die Arbeiter auf der Stalinallee und anderen Berliner Großbaustellen. Die Zustimmung ist fast einhellig. Eine Antwort jedoch wird nie erfolgen. Und so treten am 16. Juni die Arbeiter an der Baustelle Stalinallee in den Streik.

Auf Block 40, einem Wohnkomplex in zweiter Reihe, arbeiten an diesem Morgen nur noch wenige Brigaden, am Krankenhaus Friedrichshain etwas abseits allein die Lehrlinge. Zwischen den Streikenden hasten Gewerkschafter und Agitatoren umher, versuchen, sie zur Raison zu bringen. Eine Rücknahme der Normen komme nach wie vor nicht infrage. Vermutlich sind es die Arbeiter

WIE IN JEDER Angelegenheit hat auch hier der Vertreter Moskaus das entscheidende Wort. Am nächsten Morgen, dem 11. Juni 1953, steht das Kommuniqué in der Zeitung. Die Verlautbarung räumt Fehler ein, verspricht Preis- und Steuersenkungen, die teilweise Rückgabe enteigneten Besitzes, Freiheit für politische Gefangene, ein Ende des Drucks auf Einzelhändler, Handwerker, Bauern. Sie widerruft fast das gesamte Programm zum beschleunigten „Aufbau des Sozialismus“.

Wie von Herrnstadt befürchtet, beruhigt der abrupte Schwenk niemanden. Im Gegenteil. Das kommentarlos abgedruckte Kommuniqué verstört loyale Parteimitglieder – und wird von den übrigen Bürgern als Teilkapitulation, sogar als Bankrotterklärung der SED verstanden.

Widerstand, so lautet offenbar die unbeabsichtigte Botschaft, kann Zugeständnisse erzwingen. Statt abzuklingen, breitet der Oppositionsgeist sich weiter aus.

von Block 40, die gegen 8:30 Uhr den Protest als Erste auf die Straße tragen, sich hinter dem rasch gefertigten Transparent einreihen und losziehen.

UM DIE GLEICHE ZEIT eilen einige der Gewerkschaftsfunktionäre in die Ostberliner SED-Bezirksleitung. Ihre Botschaft: Eine „Riesendemonstration“ bahnte sich an, „ihr müsst sofort etwas

tun!“. Ein Parteisekretär wird von der Bezirksleitung zum Politbüro entsandt.

Wie jeden Dienstag sitzt das höchste Gremium der SED in der Parteizentrale an der Wilhelm-Pieck-Straße zusammen. Hinter verschlossenen Türen kämpfen Walter Ulbricht und seine Gegenspieler um die Macht – um die Rolle, die der Generalsekretär künftig noch spielen soll. Der Emissär der Bezirksleitung lässt den Berliner SED-

Chef Hans Jendretzky herausschreien, berichtet von dem beginnenden Aufruhr und fordert dringend, die Normenerhöhung zurückzuziehen. Jendretzky verspricht eine Lösung, verschwindet im Sitzungszimmer.

Ein anderes Mitglied der Bezirksleitung hält dagegen jeden Kompromiss für falsch: Polizeipräsident Waldemar Schmidt. Noch während das Politbüro diskutiert, bittet er bei der sowjetischen

Kommandantur um Erlaubnis, den Protestzug aufzulösen (die Machtorgane der DDR dürfen nicht ohne Placet der Besatzer handeln, gar Gewalt anwenden). Schmidt ahnt, dass es die letzte Chance ist, einen beginnenden Aufstand zu ersticken.

ABER DIE SOWJETVERTRETER lehnen ab. Sie wollen keine neuerlichen Repressionen – und unterschätzen die Wut auf den Baustellen: Hochkommissar Semjonow hat sich Memoranden über den Unmut verboten, immerhin lebten die deutschen Arbeiter erheblich besser als ihre sowjetischen Kollegen.

Polizei und Staatssicherheit bleibt nur, Spitzel auszusenden und die absehbare Eskalation zu beobachten.

Offensichtlich verkennt aber auch das Politbüro die Lage. Bis mittags lässt man sich Zeit, dann kommt Berlins SED-Chef Jendretzky wieder heraus, gemeinsam mit Ulbricht. Sie bringen eine Erklärung mit, die in umständlichen Formulierungen eine Rücknahme der Normen ankündigt. Der Rundfunk werde den Beschluss bekanntgeben; außerdem sollen die Bezirksfunktionäre es den Bauarbeitern direkt mitteilen und ihre Demonstration so „aufhalten und auflösen“. Für Ulbricht ist die Sache damit erledigt.

Wieder zurück auf der Straße, finden Ulbrichts Boten einen Protestzug auf, der sich mit dünnen Verlautbarungen längst nicht mehr stoppen lässt und bald schon den Regierungssitz belagert.

Nun versucht Industrieminister Fritz Selbmann, ins Politbüro durchgestellt zu werden und Ulbricht ans Telefon zu bekommen, doch das gelingt erst nach mehreren Versuchen.

Ulbricht erklärt, er sei unabkömmlich. Aber es regne ja, da werde die Ansammlung sich ohnehin bald verlaufen. Noch ist er der führende Mann, zumal sich Ministerpräsident Grotewohl dem Parteichef untergeordnet hat.

16. JUNI, NACHMITTAG. Ab 16:30 Uhr berichtet der amerikanisch geführte Westberliner Radiosender RIAS von den Unruhen im Ostsektor, stellt bald

sein gesamtes Programm auf die Ereignisse um. Zugleich jedoch untersagt die Direktion des Senders allzu hitzige Kommentare.

Eine Arbeiterdelegation aus der Stalinallee, die im RIAS den Aufruf zum Generalstreik verbreiten will, weisen die Verantwortlichen zurück – ja sie verbieten den Redakteuren sogar, auch nur das Wort zu erwähnen.

Die Amerikaner und ihre westdeutschen Mitarbeiter geben der Erhebung kaum eine Chance. Dagegen fürchten sie eine unnütze Provokation, eine Eskalation bis hin zum Krieg.

Um diese Zeit sitzt Hans Jendretzky gelähmt in der Berliner Bezirksleitung der SED. Der Tisch vor ihm besteht zur Hälfte aus einer Telefonanlage voller Knöpfe, Schalter und Lämpchen. Eine Kommandozentrale. Doch Jendretzky kommandiert nichts mehr. Hin und wieder schnarrt die Anlage, er nimmt den Hörer ab, um von einem neuen Unruheherd zu hören. Dann lacht er hysterisch. Als seine Mitarbeiter fragen, was sie tun sollen, zuckt er hilflos mit den Schultern.

DIE RÜCKNAHME der Normen ist verpufft. Verzweifelt verlangt Polizeipräsident Waldemar Schmidt von Jendretzky, die Besatzer umzustimmen, um die Straßen endlich mit Gewalt räumen zu dürfen. Ohne Erfolg: Staatsspitze und Sowjetvertreter hoffen weiterhin, dass die Proteste sich totlaufen werden.

Dazu trägt nicht zuletzt ideologische Verblendung bei. Bereits in der morgendlichen Sitzung des Politbüros haben die SED-Führer sich darauf geeinigt, dass die Proteste von westlichen Agenten ausgelöst worden seien – und sobald die Zugeständnisse sich herumspärchen, sei die Krise überstanden. Am Abend bekräftigt Ulbricht bei einer Parteiveranstaltung im Friedrichstadt-palast die These von den chancenlosen „Provokateuren, die aus Westberlin gekommen sind“. Beifall und Bravorufe.

Draußen hingegen werden Polizisten bereits in erste Straßenschlachten verwickelt. Später werfen Demonstranten am Rosenthaler Platz Dreck und

Steine auf zurückkehrende Politbüro-Mitglieder. Von da an ahnt die Parteilührung, dass ein gewaltiger Protest auf sie zurollt.

Noch in der Nacht treffen sich Ulbricht, Stasi-Minister Zaisser und andere mit Hochkommissar Semjonow und dessen Militärführer. Die Anwesenden halten die Lage für angespannt, aber beherrschbar. Dennoch versetzt Semjonow Teile der Roten Armee in

GEGEN 12:55 UHR STIRBT DER ERSTE DEMONSTRANT

Gefechtsbereitschaft und verlegt Truppen in die Nähe seines Hauptquartiers Karlshorst, wenige Kilometer südlich des Stadtzentrums: eine Reserve für den Notfall.

In der Stasi-Zentrale Normannenstraße zieht Zaisser einen Einsatzstab zusammen. Polizeitruppen aus dem Umland werden nach Ostberlin kommandiert, um am nächsten Tag die Ordnung zu verteidigen – und die Sektorengrenze zu sichern: Die führenden Köpfe bleiben in ihrer Verschwörungsfiktion gefangen. Mit Unruhen in der Provinz rechnet in Berlin offenkundig niemand.

17. JUNI, 6:25 UHR, BITTERFELD. Horst Sowada tritt den Kickstarter seines Motorrads herunter. Über dem Morgen liegen die Schwefel- und Kohlengasdünste der chemischen Fabriken. Eine Viertelstunde später geht der 29-jährige Elektromechaniker in den Umkleideraum des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld.

Die Spindnachbarn führen erregte Diskussionen. Obwohl Störsender dafür sorgen, dass der RIAS in dieser Region schwer zu empfangen ist, sind die Nachrichten aus Berlin durchgedrungen.



Gegen Mittag des 17. Juni fahren auf dem Potsdamer Platz sowjetische Panzer auf, kurz darauf verkündet die Sowjetarmee den Ausnahmezustand: Soldaten und Polizisten dürfen auf die Demonstranten schießen

Sowada sorgt sich vor allem um einen zwei Tage zuvor festgenommenen Lehrling, die jüngste von vielen willkürlichen Gefangennahmen. Deshalb beteiligt er sich an der nun einsetzenden Mundpropaganda – vielleicht ist es sogar Sowadas Idee: zur Frühstückspause um neun Uhr alle raus auf den Hof, Versammlung.

7:00 UHR, OSTBERLIN, Strausberger Platz. Hier, an der entstehenden Stalinallee, sollen 400 Polizisten die Seitenstraßen abriegeln, um den angekündigten Aufmarsch zu unterbinden. Sie kommen zu spät. Und sind viel zu wenige. Bei Nieselregen ziehen bereits mehrere Tausend Arbeiter über die Stalinallee. Wo sie auf Sperrketten stoßen, brechen sie mühelos durch. Und mit jeder Minute treffen mehr Streikende ein.

7:35 UHR, MOSKAU, Kreml (9:35 Uhr Ortszeit). Hochkommissar Semjonow meldet aus Karlshorst, die Proteste vom Vortag seien vermutlich „erst der Anfang der von Westberlin organisierten Aktionen“ gewesen; die DDR-Spitze rechne mit Unruhen. Doch hätten für den äußersten Fall 450 Rotarmisten im sowjetischen Sektor Stellung bezogen, beruhigt er seine Führung.

8:30 UHR, OSTBERLIN, Normannenstraße, Stasi-Einsatzzentrale. In rascher Folge gehen die telefonischen Meldungen ein: Agenten berichten aus einem Betrieb nach dem anderen von Streiks, vom Abmarsch der Arbeiter, oft unter regierungsfeindlichen Parolen. Weder Drohungen noch gute Worte oder geschlossene Werkstore halten sie auf. Zu riesigen Kolonnen formiert, bewegen sich ganze Belegschaften aus den Vortorbetrieben auf das Stadtzentrum zu.

Dort demonstrieren bereits Zehntausende am Brandenburger Tor, auf dem Alexanderplatz, auf der Friedrichstraße, vor dem Haus der Ministerien. Vereinzelt brechen Schlägereien aus, die Polizei setzt Knüppel ein. Sie hat strikten Befehl, nicht zu schießen.

Vielleicht wird Wilhelm Zaisser, dem Minister für Staatssicherheit, in diesen

Minuten bereits klar, was er erst am Nachmittag aussprechen wird: „Es geht jetzt darum, wir oder sie.“

9:00 UHR, BITTERFELD, im Elektrochemischen Kombinat. Die Werkssirenen heulen auf: Frühstückspause. Mehr als 13 000 Mitarbeitende produzieren in dem Kombinat Regenmäntel, Phosphor für Streichhölzer, Aluminium für Küchengeräte. Fast alle strömen nun zum Hof vor dem Hauptgebäude. Ein Parteivertreter, der sich in den Weg stellt, wird angeraunt: „Was geht das dich an, wo wir unsere Stullen essen?“ Einige haken sich unter, rufen nach Freiheit für die politischen Gefangenen.

Nach einer Weile steigt Paul Othma, ein schwerer Mann im Monteursanzug, auf das Führerhaus eines Lastwagens. „Kollegen!“, ruft Othma den Anwesenden entgegen: „Wir erklären uns solidarisch mit den streikenden Bauarbeitern der Stalinallee!“ Ganz Berlin habe die Arbeit niedergelegt. Bitterfeld werde die Protestierenden in der Hauptstadt nicht allein lassen.

In dem Moment bekommt Horst Sowada Angst. Bislang war alles noch legal, vertretbar. Doch wie sich die Kolonnen nun Richtung Werkstor wenden, in Bewegung setzen – das ist Aufruhr. Trotzdem reiht er sich ganz vorn ein. 11 000 Chemiearbeiter drängen zur Landstraße Richtung Innenstadt. Wie im Rausch.

9:30 UHR, OSTBERLIN, Stasi-Einsatzzentrale. Vor dem Haus der Ministerien fliegen Steine, Polizisten werden verletzt. Wilhelm Zaisser schickt das Wachbataillon der Stasi als Verstärkung. Wenig später macht er sich auf den Weg

in die Parteizentrale, um an einer Krisensitzung des Politbüros teilzunehmen.

Als Zaisers Truppe das Haus der Ministerien erreicht, rollen die Mannschaftswagen rücksichtslos durch die Menge, die Soldaten sitzen ab und beginnen sofort zu schlagen. Die Demonstranten wiederum überwältigen einzelne Uniformierte und prügeln mit den erbeuteten Knüppeln zurück.

Verliefen die Umzüge bis zu diesem Augenblick überwiegend friedlich, ja

Anderorts fällt die Staatsmacht unter dem Ansturm der nach Zehntausenden zählenden Masse regelrecht in sich zusammen. Polizisten verweigern den Befehl, einige streifen die Uniform ab und wechseln die Seiten. SED-Genossen lassen Parteiabzeichen verschwinden, Gewerkschafter werfen ihre Mitgliedsausweise fort.

Regierungsmitglieder fliehen in den Stabsitz der „Kasernierten Volkspolizei“, also der im Aufbau befindlichen Streitkräfte, am südöstlichen Stadtrand. Wo die an ihren Nummernschildern leicht zu erkennenden Wagen der Offiziellen vorbeikommen, recken sich ihnen Fäuste entgegen; die Fahrer nehmen Umwege.

Bruno Leuschner, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, gerät in eine wütende Menschenmenge, die sein Auto umzuwerfen versucht; schnell gibt der Chauffeur Gas, biegt in eine Seitenstraße ab. Von dort aus kann Leuschner zu Fuß entkommen und schleicht sich durch einen Hintereingang in das belagerte Ministeriengebäude. Später am Tag wird er einen Herzanfall erleiden.

Sicherheitsminister Zaisser aber erreicht unbeschadet die Parteizentrale in der Wilhelm-Pieck-Straße. Dort erfährt er, dass Hochkommissar Semjonow das Politbüro der SED ins sowjetische Hauptquartier nach Karlshorst beordert hat.

10:30 UHR, KARLSHORST. Zaisser, Ulbricht, Grotewohl, Herrnsdorf und der Rest des Politbüros warten im Dienstzimmer des Hochkommissars auf Semjonow. Ulbricht telefoniert mit der Parteizentrale – und erfährt, dass mehrere Hundert Aufständische gerade dabei seien, das Gebäude zu stürmen. Blass legt er auf. „Aus“, sagt er.

Endlich tritt Semjonow ein. Er eröffnet den Deutschen, dass ihre am meisten gefährdeten Funktionäre – Ulbricht, Grotewohl, Zaisser, Herrnsdorf – in seinem Hauptquartier bleiben sollen.

Später wird er den SED-Granden mitteilen, dem RIAS zufolge gebe es in DDR keine Regierung mehr – und sich dann süffisant an einen Mitarbeiter wenden: „Na, fast stimmt es doch.“

Die Rote Armee verfügt in der DDR über nahezu eine halbe Million Soldaten, hochgerüstet, routiniert geführt. Seit dem frühen Morgen beobachten ihre Posten und Patrouillen das Geschehen; nun werden sie Zug um Zug verstärkt, rollen Panzer durch die Leipziger Straße Richtung Sektorengrenze.

Allein, die Masse der Truppen befindet sich erst noch im Aufmarsch: Während von Moskau aus Verteidigungsminister Nikolaj Bulganin verlangt, die Demonstrationen mit Panzern aufzulösen, muss Semjonows Militärfeldchef am Telefon mühsam kaschieren, dass auch Karlshorst die Gefahr unterschätzt hat. Zahlreiche Einheiten verlassen eben erst ihre Garnisonen, die vor allem im Norden und um Berlin liegen.

DER NOTFALL ist eingetreten, mit einer Wucht, die undenkbar schien. Doch anders als viele auf der Straße träumen, betrachten die Besatzer ihn nicht als eine innerdeutsche Angelegenheit. Die Moskauer Führung ist zu keinem Moment bereit zu verhandeln.

10:30 UHR, OSTBERLIN, Potsdamer Platz. Tausende belagern die Polizeiwache im Columbushaus. Schließlich zerwerfen sie Scheiben des kriegsbeschädigten Gebäudes, dringen ein. Die Polizisten hissen eine weiße Fahne. Bald fliegen unter Gejohle Uniformteile aus den Fenstern hinaus, drinnen machen die Eroberer Waffen unbrauchbar. Die Besatzung türmt.

11:10 UHR, BITTERFELD, Platz der Jugend. Die Männer und Frauen des Elektrochemischen Kombinats schwenken auf den alten Markt und stellen begeistert fest, dass die Belegschaften der beiden Nachbarkombinate, der Filmfabrik Agfa und der Farbenfabrik Wolfen, dem gleichen Impuls gefolgt sind. Bald füllen etwa 50 000 Menschen den Platz, neben Arbeitern auch Verkäuferinnen



Nach der Verhängung des Ausnahmezustands entbrennt am Potsdamer Platz eine Straßenschlacht. Zahlreiche Demonstranten fliehen vor den Schüssen der Sowjetsoldaten in den britischen Sektor (l. u.), andere versuchen, Panzer zu behindern, indem sie Antennen abknicken oder Balken zwischen die Ketten schieben. Ein aussichtsloser Kampf

waren sie oft sogar heiter und wurden Lieder gesungen wie die alte Arbeiterhymne „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, so schlägt der Protest zwischen neun und zehn Uhr um in einen offenen Aufstand. Transparente mit Losungen und den Porträts kommunistischer Führer werden herabgerissen, zerfetzt, in Brand gesetzt. Entlang der Sektorengrenze zu Westberlin werfen Demonstrierende Hinweisschilder zu Scheiterhaufen zusammen. Und bald schon gehen die ersten Propagandakioske in Flammen auf.

in weißen Schürzen, Ingenieure, Ärzte, Juristen, Bauern aus dem Umland.

Ein Traktoranhänger wird zur Rednertribüne. Die Agfa-Arbeiter haben eine Lautsprecheranlage mitgebracht. Elektriker schließen sie an den Stadtfunk an, der sonst dazu dient, Bitterfeld mit Propagandaparolen zu beschallen.

Paul Othma tritt an das Mikrofon: Der Tag der Befreiung sei da, die Tyrannei zu Ende! Er fordert die Abschaffung der Normen, die Senkung der Lebensmittelpreise, Freiheit für politische Gefangene – sowie den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen.

S O ODER ÄHNLICH klingt es zur gleichen Zeit quer durch die DDR. Denn Bitterfeld ist kein Einzelfall. Vor allem in den Industrierevieren des Südens, von Magdeburg über Halle und Leipzig bis Dresden, aber auch in den Kleinstädten Brandenburgs schließen die Menschen sich dem Streik der Berliner an, formen Demonstrationzüge.

Wo immer sie vor allem über den RIAS erfahren haben, was seit dem Vortag in Ostberlin geschieht, lässt die Nachricht den angestauten Unmut geradezu explodieren. Die Bauarbeiter der Stalinallee haben einen Flächenbrand ausgelöst – einen Volksaufstand, der Bauern und Angestellte, Schüler und Studentinnen, Hausfrauen und Rentner erfasst.

Doch nur an wenigen Orten begreifen die Aufständischen so rasch wie in Bitterfeld, dass sie sich organisieren müssen, wenn aus ihrer Erhebung eine Revolution werden soll. Deshalb wählen sie jetzt ein zentrales Streikkomitee. Mit dabei: Paul Othma und Horst Sowada.

11:15 UHR, MOSKAU, Kreml (13:15 Uhr Ortszeit). Ein telegrafischer Lagebericht aus Karlshorst versetzt die Sowjetführung in Alarm. Die Polizei der DDR, meldet Hochkommissar Semjonow, habe die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Die Gewaltigen in Moskau werden sich rasch einig: Dann muss die Rote Armee den Aufruhr niederschlagen – auch mit Waffengewalt.

11:20 UHR, OSTBERLIN, Brandenburger Tor. Der Lastwagenfahrer Horst Ballentin hat eine ungesicherte Tür zu dem Berliner Wahrzeichen entdeckt. Er steigt hinauf, schneidet die Rote Fahne vom Mast und wirft sie hinab; unten wird sie zerrissen und stückweise verbrannt.

Rotarmisten feuern Warnschüsse ab. Vielleicht die ersten dieses Tages.

11:30 UHR, MOSKAU, Sicherheitschef Lawrentij Berija telefoniert mit einem Mitarbeiter des sowjetischen Hochkommissars. „Warum“, schreit Berija, „spart Semjonow so mit Patronen?“

11:45 UHR, OSTBERLIN, Unter den Linden. Dicht gedrängt strömen die Menschen über den Boulevard. Da fahren

DER WESTEN WILL IN BERLIN NICHTS RISKIEREN

vor dem Zeughaus Panzerspähwagen zwischen die Protestierer – ein junger Mann wird überrollt. Später markiert ein Lattenkreuz die Blutlache, daran ein graues Hutband, mit Tinte beschriftet: „Von Sowjets ermordet“.

Doch vermutlich stimmt das nicht. Einigen Berichten zufolge hat sich der Mann, der lange Zeit als erster Toter des 17. Juni gelten wird, verletzt fortgeschleppt, ist schließlich in ein Westberliner Krankenhaus gebracht worden.

Gleichwohl heizt das Gerücht die Atmosphäre unter den mehr als 100 000 weiter an, die gegen Mittag zwischen dem Brandenburger Tor, Potsdamer Platz und Alexanderplatz, in der Leipziger Straße und der Friedrichstraße umhermarschieren. „Freie Wahlen!“, hallt es, „Spitzbart, Bauch und Brille

sind nicht des Volkes Wille!“ – eine auf den Generalsekretär anspielende Variante der Parole „Nieder mit Ulbricht!“ –, „Einigkeit und Recht und Freiheit!“.

Aber auch Hass-Chöre: „Wir wollen nicht nur halbes Brot, wir schlagen alle Russen tot!“

S- und U-Bahnen fahren nicht mehr. Mehrere öffentliche und Parteigebäude sind ganz oder zum Teil gestürmt worden; Akten und Teile des Mobiliars fliegen auf die Straße. Selbst im Haus der Ministerien haben Demonstrierende mehrere Räume verwüstet und Feuer gelegt. Nun sichern sowjetische Panzer den Bau.

Direkt daneben aber hocken Volkspolizisten resigniert, eingeschüchtert auf dem Boden. Andere haben sich über die Demarkationslinie in den Schutz der Westberliner Polizei geflüchtet. Zugleich dringen aus Westberlin vor allem Jugendliche in den Ostteil und schließen sich dem Aufstand an.

Anderswo gehen die Eroberungen weiter, werden Regierungsfahrzeuge umgeworfen und in Brand gesteckt, Uniformierte gehetzt, Stasi-Männer mit Steinen beworfen, verprügelt. Es triumphiert die Revolte.

Für einen Moment sieht es so aus, als sei die SED gestürzt. In einem Ausbruch enthusiastischer Wut haben die DDR-Bürger die sozialistische Diktatur von der Straße gefegt. Die Rote Armee wirkt noch unentschlossen. Die Freiheit scheint in Reichweite. Nun konnte sich der spontane Aufruhr auch in Berlin ausweiten zu einer Revolution. Das rebellierende Volk müsste sich organisieren, Anführer wählen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen.

12:00 UHR, KARLSHORST. Wladimir Semjonow teilt den deutschen Genossen mit, dass Moskau den Ausnahmezustand angeordnet hat. Ab 13:00 Uhr gilt in Berlin das Kriegsrecht. Damit geht alle Gewalt an die Sowjettruppen über. Versammlungen von mehr als drei Personen sind verboten; Widerstand kann mit dem Tod bestraft werden. „Ein paar Minuten nach ein Uhr ist die ganze Sache erledigt“, erklärt der Kommissar.



Westberliner beobachten von der Sektorengrenze aus das Heranrollen der Panzer im Ostteil der Stadt. Viele feiern den Mut der Arbeiter, doch die Bundesregierung hält sich, wie auch Washington, auffällig zurück

12:40 UHR, BITTERFELD. Platz der Jugend. „Befreiung! Befreiung!“, schallt es über den Platz. Die Menschenmenge fordert, das Stadtgefängnis zu öffnen. Die Streikleiter verständigen sich: Eine Gruppe soll zum Gefängnis gehen, eine zweite die Parteigebäude in Beschlag nehmen, eine dritte die Kreisdienststellen von Polizei und Stasi besetzen.

12:45 UHR, OSTBERLIN. Potsdamer Platz. Aus Maschinenpistolen feuern vorrückende Soldaten zunächst über die Köpfe der Menschen hinweg, dann auch in die Menge hinein. Mehrere Demonstranten brechen verwundet zusammen, andere suchen Schutz hinter Kriegstrümmern oder in U-Bahn-Schächten.

Kurz darauf rollen sowjetische Panzer vom Typ T-34 in geschlossener Formation auf den Platz. Der Krach, das klopfende Motorengeheul, die schep-pernden Ketten der 30 Tonnen schweren Kolosse und die drohend gesenkten Geschützrohre treiben die Menschen zunächst in die Flucht. Doch bald kehren die Ersten wieder um. Den Panzern entgegen.

12:55 UHR, WESTBERLIN. Elisabeth-Krankenhaus. Ärzte stellen den Tod von Horst Bernhagen fest. 21 Jahre alt, Kopfschuss, ein paar Minuten zuvor. Auch der rasche Abtransport über die Sektorengrenze hat sein Leben nicht mehr gerettet. Horst Bernhagen ist der erste dokumentierte Tote des Aufstands in Ostberlin.

13:00 UHR, POTSDAMER PLATZ. Ein stundenlanger, ungleicher Kampf entbrennt. Demonstrierende fluten vor und zurück, werfen Steine, einzelne wagen sich nah an die Panzer heran, knicken deren Funkantennen ab, schieben Holzbalken in die Laufketten, um sie lahmzulegen. Immer wieder fallen Schüsse, Verwundete schreien.

Da der Platz direkt an der Sektorengrenze liegt, können die Demonstranten in den Westteil der Stadt ausweichen, können auch Verwundete hinüberbringen. Dort sind Krankenwagen aufgefah-ren – aber auch Übertragungsfahrzeuge von Radiosendern. Und Tausende

Schaulustige und Sympathisanten sehen zu, bald mühsam zurückgedrängt von der Westberliner Polizei.

Denn die ist von den alliierten Stadtkommandanten scharf angewiesen worden, die Ordnung aufrechtzuerhalten und ein weiteres Eindringen aufgebrachter Westberliner in den Ostsektor zu verhindern: Die Vertreter der Westmächte wollen unbedingt eine Eskalation abwenden.

Ein Lautsprecherwagen der SPD, der die Sowjetsoldaten auf Russisch auffordert, nicht auf unbewaffnete Arbeiter zu schießen, muss abgezogen werden.

Nun rücken Rote Armee und Kasernierte Volkspolizei auch am Alexanderplatz und Unter den Linden vor. Panzer schieben sich in die Ansammlungen, versuchen sie aufzuspalten und in Seitenstraßen abzudrängen.

Hinter ihnen folgen Ketten von Infanteristen, die Jagd auf verbliebene Demonstranten machen und das Terrain sichern, Posten bilden, Kanonen aufstellen. Dabei rollen die Panzer im Schrittempo und mit großer Vorsicht, manövrieren zum Teil auf den Millimeter genau; ihre Fahrer sind offenkundig bemüht, ein Blutbad zu vermeiden.

Die Menschen aber wollen nicht weichen. Immer wieder fallen Schüsse; Schreie ertönen, Sprechhöre antworten. Pflastersteine fliegen, Glas bricht, in die Abgase der Panzer mischt sich der Rauch brennender Zeitungsbuden. Chaos.

13:00 UHR, WASHINGTON, D. C. Weißes Haus (7:00 Uhr Ortszeit) Der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower erwacht. Zum Frühstück erhält er einen Bericht über die Lage in Berlin. Eisenhower ist besorgt, sieht aber keine Möglichkeit einzugreifen.

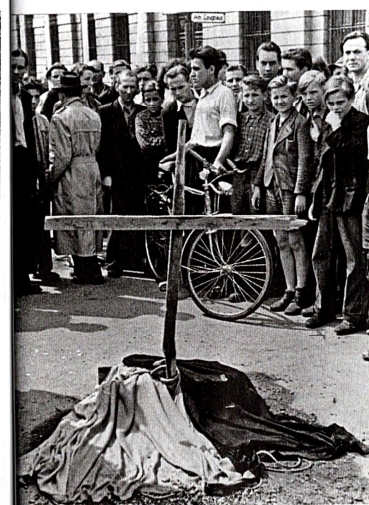
13:00 UHR, BITTERFELD. Als Horst Sowadas Kolonne das Tor zum Hof der Polizei eindringt, blicken die Uniformierten aus den Fenstern. Sie kennen Sowada – kurz nach dem Krieg war der Mechaniker selbst eine Zeit lang Po-



Sowjetsoldaten und Volkspolizisten erschießen während der Rebellion etwa 40 Menschen (o.: Opfer in Leipzig und Berlin). Weitere Aufständische werden von Panzern zermalmte, vielleicht auch jener Mann, für den Demonstranten in Ostberlin ein Holzkreuz errichten (r.). Abends ist das Land weitgehend wieder unter Kontrolle, doch kommt es in den Folgetagen noch vereinzelt zu Streiks und Kundgebungen

lizist. Jetzt lassen die verängstigten Männer ihn und drei Begleiter in die Diensträume.

Kooperierten sie, dann werde ihnen nichts geschehen, verspricht Sowada. Zögernd willigen die Offiziere ein und ziehen sich in eines der oberen Stock-



werke zurück. Ihre Untergebenen dürfen nach Hause gehen.

Sowada – einem anderen Bericht zufolge der hinzugekommene Othma – postiert einen Laborarbeiter vor der Waffenkammer, drückt ihm eine Pistole in die Hand und weist den Mann an, auf keinen Fall weitere Waffen herauszugeben. Dann stellt er ein Kommando zusammen, das das Gebäude besetzt

halten und zudem Plünderungen verhindern soll.

Die drückend überlegenen Aufständischen treffen auch bei der Staatssicherheit und am Gefängnis nur auf wenig Widerstand. Zumal die Anführer ihre Autorität als gewählte Vertreter nutzen, um sich vor die Uniformierten zu stellen, wo die Menge mit Lynchjustiz droht.

Kurz darauf sieht eine Kommission gemeinsam mit dem Kreisstaatsanwalt die Straftakten durch, lässt politische Gefangene frei, behält Kriminelle ein. Die Befreiten hängen ihre Sträflingsuniformen symbolisch an Straßenlaternen auf.

Das Streikkomitee zieht nun in den Ratssaal der Stadt.

Durch den Raum schwirren Erzählungen, Forderungen, Fragen, Nachrichten von Streiks und Protesten aus immer neuen Städten.

Um Ordnung zu schaffen, wird Paul Othma zum Versammlungsleiter gewählt, Sowada zu seinem Stellvertreter, und ein allgemein respektierter Lehrer zum neuen Bürgermeister ernannt. Die Betriebsgruppen von SED, FDJ und Gewerkschaft werden für aufgelöst erklärt, Boten mit den Beschlüssen in die Fabriken entsandt. Die Masse der Aufständischen erfährt jeden Schritt vom Rathausbalkon aus. Bitterfeld hat jetzt eine Revolutionsregierung.

13:30 UHR, OSTBERLIN. Militärflughafen Schönefeld. Eine Maschine aus Moskau setzt auf. An Bord: Marschall Wassili Sokolowskij, Chef des Generalstabs der Roten Armee und stellvertretender Verteidigungsminister, Heerführer während des Zweiten Weltkriegs, Deutschlandkenner.

Sokolowskij fährt sofort weiter nach Karlshorst. Als er dort eintrifft, ist seine erste Frage an die SED-Führer: „Wie konnte diese Sache passieren, das verstehe ich nicht. Dazu ist doch eine Organisation erforderlich.“ Ob denn Zaisers Sicherheitsapparat nicht im Bilde

gewesen sei, dass ein feindliches Netz die DDR unterwandert habe?

Wilhelm Zaisser windet sich, kann es auch nicht erklären. Ulbricht beobachtet die Nöte seines Widersachers mit sichtlich Befriedigung. Wenige Stunden zuvor noch verzweifelt, wittert er plötzlich eine Chance.

Anschließend kommen Sokolowskij und Semjonow überein, weiterhin auf massive Einschüchterung zu setzen – obwohl Moskau schon erlaubt hat, den Aufstand einfach niederzuschießen. Die Truppen sollen hart, aber kontrolliert vorgehen, ihre Salven über die Köpfe hinweg anlegen.

14:00 UHR, BITTERFELD. Ratssaal. Ein Chemiker, der laufend den Rundfunk abhört, stürzt herein: Der RIAS meldet, in Ostberlin sei der Ausnahmezustand verhängt worden. Panzer rollten, und es werde geschossen. Aus dem Saal kommt die Frage: Hat sich die Bundesregierung geäußert?

Nein. Nichts. Der Westen schweigt.

Eine Diskussion beginnt: Ob man die Sowjets nicht zu einer Anerkennung der Streikkomitees bewegen könne? Jemand schlägt vor, sich an den Hohen Kommissar zu wenden. Ein Telegramm wird formuliert, das Wladimir Semjonow als „Freund des Friedens und der Völkerverständigung“ im Namen der Werktätigen des Kreises Bitterfeld bittet, „alle Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind, sofort aufzuheben“.

Horst Sowada geht mit dem Text zum Postamt und legt ihn einer Fernschreiberin vor. Sie fängt an zu tippen. Wenige Minuten später rollt aus einem anderen Apparat ein Papierstreifen.

Karlshorst bestätigt den Empfang.

14:15 UHR, BONN. Der Bundestag tritt zusammen. Kanzler Konrad Adenauer erklärt: „Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen.“

Das heißt: Wir können nichts tun. Derweil sitzt Westberlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter auf einem Kongress in Wien fest, bittet die

Alliierten schon seit dem Vortag um einen Sonderflug zurück. Vergebens. Als einziges Zugeständnis genehmigen die Besatzer für den Abend eine Solidaritätskundgebung der Westgewerkschaften und der SPD in Kreuzberg – mit der Auflage an die Redner, maßvoll zu sprechen.

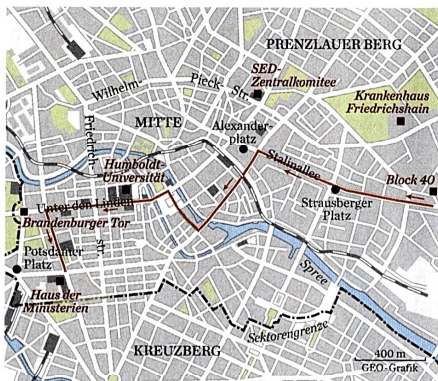
15:30 UHR, KARLSHORST. Seitdem er im sowjetischen Hauptquartier gestrandet ist, hält Wilhelm Zaisser telefonisch Kontakt zum Einsatzstab der Stasi in der Ostberliner Normannenstraße. Dort rattern immer neue Krisenmeldungen aus den Fernschreibern. In Halle ist die Bezirksleitung der SED von Aufständischen besetzt, in Leipzig die Staatsanwaltschaft, in Magdeburg die Kreisleitung der Partei, in Görlitz hat ähnlich wie in Bitterfeld ein Stadtkomitee die Macht übernommen.

ZU DIESEM KOLLAPS der Staatsmacht trägt nicht nur die schiere Wucht der Erhebung bei, sondern auch die Lähmung des Apparats der SED. Die Dienststellenleiter in der Provinz wagen kaum eine Entscheidung ohne Rücksprache mit Berlin – wo eben jene Stäbe völlig überfordert sind, keine zentrale Lenkung zustande bringen.

Mancherorts fehlen Polizeiverbände, die während der Nacht in die Hauptstadt verlegt worden sind. Zudem sind die Ratsvorsitzenden der DDR-Bezirke „zur Instruktion“ über den „Neuen Kurs“ nach Berlin beordert worden.

Doch für das Regime zeichnet sich eine Wende ab. Stadt um Stadt, Landkreis um Landkreis stellen die Sowjetvertreter unter Kriegsrecht. Überall in der DDR erreichen Truppen der Roten Armee nun die Zentren des Aufstands.

16:30 UHR, BITTERFELD. Ratssaal. In der Tür steht ein Motorradkurier: „Haut ab! Sie kommen aus Richtung Zöbzig, das kann eine ganze Division sein.“ Sowjetsoldaten im Anmarsch.



Am 16. Juni ziehen streikende Arbeiter von den Baustellen an der Stalinallee zum Haus der Ministerien. Sie wollen mit Walter Ulbricht sprechen, doch der SED-Chef verharret im Zentralkomitee der Partei

Erneut debattiert das Komitee: Soll man auf dem Posten bleiben – oder weichen? Die Streikleiter entscheiden, ihre Kollegen zurück in die Betriebe zu führen. Dort wollen sie weiterhin die Arbeit verweigern, bis die Regierung (oder eine neue) Zugeständnisse gewährt. Denn dass das Regime einfach weitermacht nach den Ereignissen, kann sich kaum einer vorstellen.

Zehn Stunden nachdem er seinen Monteursanzug übergestreift hat, steht Horst Sowada wieder in der Umkleidekabine. Abgespannt, euphorisch – und unsicher, was nun kommen wird.

18:15 UHR, WASHINGTON D. C. (12:15 Uhr Ortszeit). Präsident Eisenhower geht gelfen. Sein Sicherheitsberater hat Anweisung, ihn nur in dringenden Fällen zu stören.

18:30 UHR, OSTBERLIN. Rund 600 Panzer stehen in der Stadt, 20 000 Mann der Roten Armee, 15 000 ostdeutsche Polizisten und Soldaten. Viele große Straßen sind jetzt fast menschenleer. Die Sektorengrenze nach Westberlin ist abgeriegelt. Wo der Widerstand niedergeschlagen ist, versuchen einzelne Panzerkommandanten die Besiegten zu

beruhigen: Stalin sei tot, und bald schon werde alles besser. Kaum einer glaubt es.

Am Alexanderplatz und in Pankow haben Jugendliche Barrikaden errichtet und verteidigen sie erbittert. Am Potsdamer Platz brennt das Columbushaus, fallen gegen 19 Uhr noch einmal Schüsse. Es sind nicht die letzten an diesem Tag; trotz des Versammlungsverbots und der Ausgangssperre ballen sich immer wieder Menschenmengen zusammen. Doch das sind verzweifte Ausläufer.

KURZ NACH 19 UHR enden die Kämpfe in Leipzig, etwas später in Magdeburg und Görlitz, nach 20 Uhr in Halle. In Dresden ist der Aufstand weitgehend friedlich geblieben – hingegen liefern sich im thüringischen Weida Bergarbeiter, die Waffen erbeutet haben, noch bis tief in die Nacht heftige Feuergefechte mit der Polizei.

21:00 UHR, BITTERFELD. Platz der Jugend. Im Licht der Straßenlaternen sind auf dem Boden die aus den Fenstern der Amtsstuben geworfenen Akten und abgerissenen Parteiabzeichen zu erkennen. Das Rathaus steht still und dunkel da. Einige wenige Menschen stehen in Gruppen zusammen und diskutieren die Lage.

Einen Steinwurf entfernt, auf der Hauptstraße nach Wolfen, schiebt ein Mann sein Motorrad – und hört plötzlich ein rasselndes Dröhnen in seinem Rücken. Zwei Panzer, die rasch näherkommen. Der Mann lässt die Maschine fallen und flieht in eine Gasse, die zu eng für die Kampfwagen ist. Hinter sich hört er noch das Knirschen und Krachen, mit dem sie über das Motorrad hinwegwalzen.

23:00 UHR, KARLSHORST. Sokolowskij und Semjonow erstatten telegrafisch Bericht nach Moskau: „Die Unruhen in Berlin wurden beendet. Die Straßen sind ruhig. In den meisten Städten der

DDR wurde die Ordnung vollständig wiederhergestellt.“ Wenn ihnen das Bitterfelder Angebot zu verhandeln überhaupt jemals vorgelegt wurde, haben sie es ignoriert.

Noch in der Nacht beginnen die Verhaftungen. Vor allem Streikleiter und Redner werden festgesetzt. Vereinzelt sprechen sowjetische Standgerichte Todesurteile aus, die auf der Stelle vollstreckt und zur Abschreckung sofort bekannt gemacht werden.

Zwar kommt es am 18. Juni noch zu Arbeitsniederlegungen und Protesten in Gegenden, die zuvor ruhig waren, beispielsweise an der Küste und auf dem Land. Auch in den Zentren der Erhebung dauern etliche Ausstände fort oder flackern über die folgenden Tage und Wochen neu auf. Doch der Geist ist gebrochen.

BIS ZU 1,5 MILLIONEN DDR-Bürger haben aufbegehrt; alle großen Städte sowie die meisten kleineren und Hunderte Ortschaften sind beteiligt: 167 von 217 Land- und Stadtkreisen stehen schließlich unter Kriegsrecht.

Mehr als 40 Demonstranten werden in diesen Tagen auf den Straßen getötet, darüber hinaus mindestens fünf hingerichtet. Die Zahl der Verwunden lässt sich nicht benennen, weil sich nur wenige in ein Krankenhaus trauen. Hunderte werden in sibirische Straflagger deportiert, einige dort und in der DDR zum Tode verurteilt. Umgekehrt haben Aufständische mindestens zehn Polizisten und Funktionäre getötet.

Die Menschen erkennen, dass ein Volksaufstand zwar das Regime stürzen kann – nicht aber die Rote Armee besiegen. Dass es deshalb besser ist, sich zu arrangieren.

Oder zu fliehen: Abermals gehen Zehntausende in den Westen. Unter ihnen sind der Bauarbeiter Horst Schlafke, Horst Ballentin, der die Fahne vom Brandenburger Tor schnitt, und Horst Sowada, der sich am Abend des gescheiterten Aufstands bei Freunden versteckt und dann aus Bitterfeld absetzt.

Max Fetting, der den Brief der Bauarbeiter zu Grotewohl brachte, bleibt.

Und wird zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Paul Othma erhält 12 Jahre. Zwei von 1800 Schuldsprüchen.

Die Masse der mehr als 10 000 Festgenommenen hingegen kommt rasch wieder frei: Der ein wenig liberalere „Neue Kurs“ bleibt in Kraft, einschließlich der Entlassung vieler politischer Gefangener.

Am 19. Juni darf Walter Ulbricht aus dem sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst in sein Büro zurückkehren. Für einen Moment sieht er aus wie ein geschlagener Mann, dessen Borniertheit einen massiven Militäreinsatz provoziert hat. Über Wochen hinweg kann er im Politbüro nur mit Mühe seine Macht behaupten.

DER 17. JUNI WIRD ZUM TRAUMA DER DIKTATUR

Doch die sowjetische Führung will nach dem Aufruhr keinen Wechsel an der Spitze. Zumal sich gerade in diesen Tagen ihr eigener interner Machtkampf entscheidet: In Moskau lässt eine Kamarilla um Nikita Chruschtschow Lawrentij Berija verhaften (und später hängen) – der Geheimpolizeichef hat den Zwill der Stalin-Erben verloren.

Walter Ulbricht nutzt den Moment, um vor allem Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser für den Aufstand verantwortlich zu machen: Dessen Apparat habe den „Putschversuch“ einer „faschistischen Untergrundbewegung“ und westdeutscher „Mord- und Terrorbanden“ nicht kommen sehen, ja, er habe vermutlich sogar mit Berija gegen die DDR konspiriert.

Ende Juli verlieren Zaisser und Rudolf Herrnstadt, der zweite prominente Ulbricht-Gegner im Politbüro, ihre

Ämter. Anfang 1954 werden sie aus der Partei ausgeschlossen. Auch Hans Jendretzky fällt der Säuberung zum Opfer und etliche andere mit ihm. Der stets vorsichtig lavierende, faktisch machtlose Grotewohl hingegen darf bleiben.

Noch 17 Jahre wird Walter Ulbricht sich an der Macht halten, gestützt auf eine groteske Propaganda vom „Tag X“, an dem „Imperialisten“ und „Gangster“, „Tangojünglinge“ und „verkommene Elemente“ die DDR angriffen.

Sie soll eine ideologische Unerträglichkeit verschleiern: dass im Juni 1953 das Volk revoltiert hat – und die SED innerhalb von Stunden zusammengebrochen ist. Dass die Kommunisten zu sehen mussten, wie erst sowjetische Panzer ihre Macht wiederherstellten. Dass die DDR ein abhängiger Vasallenstaat ist.

VORERST VERMEIDET die SED nun eine Konfrontation wie den „Sozialistischen Aufbau“. Mit ökonomischer Hilfe der Sowjetunion hebt sie den Lebensstandard; ein kurzes innenpolitisches Tauwetter setzt ein. Gleichzeitig jedoch knüpft die Stasi ihr Überwachungsnetz dichter: Niemals wieder soll die Staatsmacht von den Beherrschten so kalt überrascht werden.

Das Trauma des 17. Juni bleibt in den Köpfen der Diktatur haften. Als 1989 das Volk erneut unruhig wird, fragt Erich Mielke, damals Zaisers Stellvertreter, seit 1957 sein Nachfolger an der Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Wenige Wochen später erfüllt sich die bange Ahnung.

Nur bleibt die Rote Armee diesmal in ihren Kasernen. ④



GEO-Autor und Historiker **MATHIAS MESENHÖLLER** hörte als Kind vom 17. Juni: Sein Vater erzählte ihm, wie er damals in Westberlin war – und mit Krieg rechnete.